

Arbeiter-Zeitung

Freitag, 18. Januar 1921
11. Jahrg. Nummer 11

Preis: mit täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis: wöchentlich 0,80 M., monatlich 2,60 M., Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,60 M., unter Streifenband 3,00 M. Anzeigenpreis: Die gefaltete Zeile 10 Pf. pro Tag. Die gefaltete Zeile 10 Pf. pro Tag. Die gefaltete Zeile 10 Pf. pro Tag. Die gefaltete Zeile 10 Pf. pro Tag.

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD., Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der Rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptverteilung: Breslau 10, Trebnitzer Straße 59, Telefon 560 89. Postfach 10000. Breslau 44, Revellierstraße 10, Trebnitzer Straße 60, Telefon 259 02. Expeditionsstellen: Breslau 12-18, Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. - Offizielle Expeditionen: Breslau, Weststraße 25, Telefon 4055. - Breslau, Sühlgasse 6, Telefon 2354. Geschäftsstelle: von 9-10 Uhr, Breslau, Hauptverteilungsort Breslau. - Bezugsstellen: Breslau, Hauptverteilungsort Breslau. - Druck: „Reuter“ Berlin, 51. Breslau, Trebnitzer Str. 60.

Aufdeckung national-sozial. Feme

Ein Ermittlungsverfahren in Berlin eingeleitet

BERLIN, 17. Jan. In der Verfolgung einer beim Polizeipräsidium Berlin erstatteten Anzeige sind eigenartige, an die mittelalterliche Eigenjustiz erinnernde Zustände bei der Berliner Gauleitung der Nationalsozialistischen deutschen Arbeiterpartei ausgebeutet worden. So hatte die Gauleitung einen Sonderdienst zur Bearbeitung von Verfehlungen eingerichtet, die innerhalb der Partei durch Parteimitglieder begangen wurden, und für diesen Dienst u. a. einen ehemaligen Kriminalbeamten Loefner angenommen, der wegen Körperverletzung und Freiheitsberaubung aus dem Dienst entlassen worden war. Loefner hat nun gemeinsam mit dem Kassierer der NSDAP, am 8. d. M. einen wegen geringfügigen Unterschlagungen von der Partei verfolgten 18jährigen Menschen in der Art einer kriminalpolizeilichen Verhaftung auf der Straße festgenommen, mit einem Kraftwagen zum Gaubüro der NSDAP transportiert und dort bis zum nächsten Morgen unter Bewachung festgehalten. Der mit der Bewachung beauftragte Nationalsozialist lud vor den Augen des Festgenommenen eine Pistole. Später hielten sich in dem Zimmer andere Nationalsozialisten auf, um eine Flucht zu verhindern. Am nächsten Morgen nahm Loefner zwei Protokolle mit dem „Beschuldigten“ in der bei der Polizei üblichen Form auf und übergab sie seinem Gauleiter, dem Abgeordneten Dr. Goebbels. Dieser machte dem jungen Mann in Gegenwart seines Anwaltes und des Gauleiters

Interessen der Imperialisten. Darum ist unsere Lösung: Diesem System keinen Mann und keinen Groschen.

Das Reichsbanner und die SPD. beziehen in aller Klarheit erneut denselben Standpunkt wie während des Weltkrieges. Wir aber machen diese Politik nicht mit. Wir glauben nicht daran, daß die SPD. oder das Reichsbanner umgewandelt werden können zu revolutionären antimilitaristischen Organisationen!

Darum lehnen wir dem Reichsbanner den Akt und haben den Eintritt in die von der Bourgeoisie und unseren Führern meist gehaltene und verleumdete Organisation, den Roten Frontkämpferbund, vollzogen.

Die Entwicklung führt schnell zum neuen Krieg! Es gibt nur ein Für oder Wider. Wir sehen im Roten Frontkämpferbund und in

der SPD. die einzigen Organisationen, die den Klaren entscheidenden revolutionären Antimilitarismus vertreten.

Wir rufen alle Kameraden des Reichsbanners und alle Genossen der Partei auf: Folgt unserem Beispiel!

Verteidigt mit uns nicht die deutsche Bourgeoisie-Republik, sondern das Vaterland der Werktätigen der ganzen Welt, die Sowjetunion!

Tretet ein in den Roten Frontkämpferbund!

Der Aufruf ist unterzeichnet von Gustav Klein, 2. Vorsitzender des Reichsbanners Königsberg i. d. Neumark, von einer Anzahl Kassierer, Gruppenleiter, Unterassistenten, Spielmannern, einem Spielleiter und Reichsbannerkameraden aus Berlin und der Umgebung Berlins

Zum Waldenburger Obligationskandal: Das Schicksal der SPD. mit Rathke

(Siehe 2. Seite Hauptblatt)

...Mordraum, der dem mit der Überwachung betrauten Nationalsozialisten von der NSDAP zur Verfügung gestellt worden ist, eine Durchsuchung vor, bei der zwei geladene Mehrschußpistolen beschlagnahmt und ebenso die Durchschläge der mit dem jungen Mann aufgenommenen Protokolle sichergestellt wurden.

Gegen sämtliche beteiligten Personen ist ein Verfahren wegen Amtsanmaßung, Freiheitsberaubung, Nötigung und Bedrohung bzw. wegen Beihilfe eingeleitet worden. Auch sind alle Beteiligten mit Ausnahme des durch seine Immunität geschützten Abgeordneten vorläufig festgenommen worden. Sie werden dem Vernehmungsrichter zugeführt werden.

Die Feme der Nationalsozialisten und anderer Nationalisten geht natürlich viel weiter als wie die Freiheitsberaubung in dem vorliegenden ausgebeuteten Fall. Sie endet wie die 300 Feme-morde in Oberschlesien und anderen Orten bereits mit der diebstahlähnlichen Verschleppung von „Verdächtigten“ und „Verärrteten“. Wer die deutsche Klassenjustiz kennt, der weiß, daß den intellektuellen Urheber der Feme auch fernerhin nichts geschehen wird und den Durcheinander das Handwerk nur durch das revolutionäre Proletariat gelegt werden kann.

Rebellion im Reichsbanner

Ueberritt einer Oppositionsgruppe zum NSD.

(Eig. Ber.) Berlin, 17. Januar.

Die „Rote Fahne“ veröffentlicht einen Aufruf, den eine Reihe führender Reichsbannerfunktionäre des Gauess Berlin-Brandenburg an die proletarische Mitgliedschaft des Reichsbanners gerichtet hat, und der in breitesten Kreisen des Berliner Reichsbanners und der Sozialdemokratie ernsthafte Beachtung gefunden hat. In dem Aufruf heißt es u. a.:

Vor einigen Wochen zirkulierte im Kreise der Reichsbannerkameraden ein Rundbrief, der zur zweiten Bundesgeneralversammlung Stellung nahm und mit aller Schärfe den Kriegskurs der Bundesgeneralversammlung anprangerte. Die Schlussfolgerung des Briefes lautete: Bringt überall Anträge ein zur Absehung der Führung, verlangt einen antimilitaristischen Kurs im Reichsbanner, schließt euch zur Opposition gegen die Führung zusammen!

In einer Reihe von Orten nahmen die Kameraden gegen die Führung Stellung, so in Landsherg, Eberswalde, Fürstenwalde, Nienow, Rathenow und in anderen Orten. Doch überall wurde die Opposition rücksichtslos niedergedrückt und zugleich der Kriegskurs mit aller Entschiedenheit fortgesetzt. Die Verweise auf die Artikel in der Bundeszeitung sowie auf den Neujahrsartikel von Hörsing, die vor Begeisterung und Kriegserwartung nur so triefen. In Berlin-Tempelhof erklärte ein Redner des Reichsbanners in einer öffentlichen Versammlung: Die deutsche Republik müsse rücken zu Wasser, zu Lande und in der Luft, um sich den Platz an der Sonne zu erobern. Die Wehr-Richtlinien der SPD. bejahen die Vaterlandsverteidigung und damit auch den neuen Krieg. Zur Wehranschluß lag nicht ein Antrag vor, auch nicht von den linken Gruppen, der die Vaterlandsverteidigung ablehnte.

In der deutschen Republik herrschen die Trutz- und Bantmagnaten. Verteidigung dieser Republik bedeutet Krieg für die Profiti-

Antifowjetblock Deutschland—Frankreich—England

Reichberg fordert offen politisches Bündnis.

Arnold Reichberg, der bekannte Kali-Industrielle, veröffentlicht im „Berliner Börsen-Courier“ einen Artikel „Bündnis mit Frankreich—England“. Dieser Großindustrielle ist ein offener Anhänger der Westorientierung der deutschen Bourgeoisie. Auf Grund seiner Initiative kamen die bisherigen Industriebündnisse, der deutsch-französische Kalipakt, Chemiepakt und Eisenpakt, zustande, die wirtschaftspolitisch in erster Linie gegen die amerikanische Konkurrenz gerichtet waren. Sein Plan ist der weitere Ausbau dieser europäischen Industriebündnisse gegenüber den U. S. A. Er wünscht deshalb, daß die deutsche Bourgeoisie noch offenkundiger und schneller als bisher sich den Wünschen Frankreichs und Englands bezüglich der Einreihung in die Antifowjetfront gefügig zeigt, und neben den schon bestehenden wirtschaftlichen Bündnissen ein politisches Bündnis mit ihnen eingeht.

Der Artikel knüpft an die Räumungs- und Reparationsfrage und die des internationalen Kriegsschuldenproblems an. Reichberg weist geschickt auf das gemeinsame Interesse der drei Staaten gegenüber dem Hauptgläubiger, Amerika, hin und erklärt:

„Die Regelung der zukünftigen Beziehungen zwischen den europäischen Großmächten Deutschland, Frankreich und England muß daher anders als bisher in Angriff genommen werden... Sie können ganz offenbar nur solche politischen Charakters sein, in der Weise, daß das deutsch-französische Industriebündnis... in ein politisches Bündnis zwischen den beiden Nationen Deutschland und Frankreich mit oder ohne Einbeziehung Englands in diese Kombination ausgebaut wird.“

Dieses Bündnis, sagt Reichberg, sei eine lebenswichtige Frage, eine Voraussetzung zum weiteren Zusammenschluß des europäischen Monopolkapitalismus gegen die amerikanische Konkurrenz.

Der Artikel Reichbergs ist ein Beweis für die wachsenden imperialistischen Gegensätze und die Kriegesgefahr. Gegen wen sich das deutsch-französisch-englische Bündnis vornehmlich richtet, ist ebenfalls klar — gegen die Sowjetunion. Der Artikel Reichbergs ist für die Arbeiterschaft eine wertvolle Ergänzung zu Groeners Denkschrift gegen die Sowjetunion.

Ein unberühmter Waffenantrag

Berlin, 17. Januar. Die Zentrumspartei, die Deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei haben bei der Beratung des Haushalts des Wohlfahrtsministeriums folgenden gemeinsamen Antrag gestellt:

„Das Staatsministerium wird ersucht, eine grundsätzliche Verfügung in der Form einer Ausführungsbestimmung zu dem Artikel 141 der Reichsverfassung für Preußen zu erlassen, zugemäß die Geistlichen der Religionsgesellschaften zur Vornahme religiöser

Handlungen in allen Krankenanstalten zugelassen sind, auch wenn die Krankeninassen nicht ausdrücklich das Verlangen nach einem Besuch des Geistlichen aussprechen, und daß außerdem in allen Krankenanstalten den Seelsorgern die Möglichkeit geboten wird, sich in geeigneter Weise Kenntnis von dem Religionsbekenntnis der Kranken zu verschaffen.“

Der Antrag des Zentrums bezweckt die vollkommene Auslieferung der Krankenanstalten und der Patienten an die Kirche und Geistlichkeit. Als im Vorjahre unser Genosse Stadtrat Schminke in Neulöbn als Leiter der städtischen Krankenhäuser den Pfaffen nicht gestattete, Patienten zu betätigen, setzte eine wütende Hege gegen ihn ein. Der Zentrumsantrag ist gewissermaßen eine Re-Ex-minke, die bezweckt, Krankenhausleiter zu zwingen, den Geistlichen auch dann den Besuch in den Anstalten zu gestatten, wenn kein ausdrückliches Verlangen der Patienten vorliegt. Würde dem Zentrumsverlangen stattgegeben, so wäre den Befähigungen der Kranken und damit ihrer schweren gesundheitlichen Schädigung Tür und Tor geöffnet.

Vom Tage

Der Herausgeber der „Review of Reviews“, Wicham Steed, hat die Erklärung abgegeben, daß die Groener-Denkschrift über die Gründe für den Panzerkreuzerbau nicht gestohlen, sondern auf dem üblichen Wege an ihn gelangt und echt sei.

Der Präsident Coolidge hat gestern vormittag die amerikanische Ratifikationsurkunde des Kellogg-Paktes unterzeichnet.

Im bayerischen Landtag kam es bei der Beratung des Sozialstaats und der Rede des kommunistischen Abgeordneten Büchs zu lebhaften Zwischenfällen. Die zahlreich versammelten Zuhörer auf der Tribüne klatschten Beifall, worauf der Landtagspräsident durch Polizeibeamten die Tribünen räumen ließ.

In Berlin mußten zahlreiche Schulen wegen Grippegefahr geschlossen werden.

In der gestrigen Sitzung des Reichskabinetts wurde der Reichshaushalt und die seine Dedung betreffenden Vorlagen (Hilfsbeiträge Steuerpläne) verabschiedet.

Im Strafrechtsauschuss des Reichstages wurde ein kommunistischer Antrag der Strafe für diejenigen Beamten verlangt, welche Gefangene vernachlässigen oder mißhandeln, abgelehnt.

Das diesjährige polnische Militärbudget stellt sich um 54 Millionen Zloty höher als das vom vorigen Jahre

Neue Schneefälle zu erwarten

21. Berlin, 17. Januar. Das starke Tiefdruckgebiet, das in den beiden letzten Tagen ganz Norddeutschland bei schwerem Sturm mit gewaltigen Schneemassen überschüttete, liegt zurzeit über der Ostsee und hat sich bereits abgelenkt. Nach einer Mitteilung der Berliner Wetterdienststelle hat sich an der Westküste des Tiefdruckgebietes eine weitere Randstörung gebildet, die sich noch etwas vertiefen dürfte. Sie lag am Donnerstagmorgen über West- und Mitteldeutschland, wo es in Folge dessen zu neuen ergiebigen Schneefällen gekommen ist. Mit dem Fortschreiten der Randstörung nach Osten werden sich auch in Ostdeutschland wieder Schneefälle einstellen. Die Temperaturen liegen in ganz Deutschland unter Null. In München wurden in der vergangenen Nacht 10 Grad Kälte gemessen, in der Berliner Innenstadt 11 Grad unter Null.

Eisenbahnbetriebsstörungen durch Schneesturm

Der im nordwestlichen Teil des Bezirks der Reichsbahndirektion Breslau (Strecken Dönnitz-Arnsdorf-Sagan, Dönnitz-Görlitz und Raudten-Glogau) seit 16. Januar Stunde 18 herrschende heftige Schneesturm bereitete dem Eisenbahnbetrieb außerordentliche Schwierigkeiten. Auf den hauptsächlich betroffenen Verschiebebahnhöfen Arnsdorf und Sagan ist der Ablaufbetrieb seit Stunde 20 bzw. 24 des 16. Januar stillgelegt. Obwohl mit allen Kräften gearbeitet wird, ist es nicht möglich, die Weichen gangbar zu halten, da der Schnee bei der strengen Kälte sofort wieder festfriert. Die Verschiebarbeiten werden im Stahnbetrieb ausgeführt. Die Güterzüge, die zum Teil schon aus anderen Bezirken verspätet ankommen, erleiden erheblichen Verspätungszuwachs. Der durchgehende Reiseverkehr nach Berlin ist nur unwesentlich, von Berlin dagegen stark beeinträchtigt. D 41 (Nachtschnellzug Berlin-Breslau-Deutzen DS.), der in Sommerfeld mit 14 Minuten Verspätung eintraf, fuhr infolge großer Anfahrtschwierigkeiten mit 92 Minuten Verspätung weiter. Die Nebenbahnstrecke Goldberg-Sahnau ist seit 16. Januar Stunde 22 wegen Schneeverwehungen stillgelegt. Auf der Strecke sind zwei Schneepflüge festgeschlagen. Auf der Glogauer Strecke wurden am 17. gegen 6 Uhr zwischen Gramschütz und Schrepau beide Gleise durch Schneeverwehungen gesperrt. Mit Hilfe von Schneepflügen ist es gelungen, die Strecke nach etwa zweistündiger Unterbrechung wieder frezumachen.

Schutz der Arbeitskraft im Strafrecht!

Im Strafrechtsausschuss des Reichstages, der gestern seine Verhandlungen aufgenommen hat, haben die Kommunisten einen Antrag eingebracht, der in besonderem Abschnitt Angriffe gegen die Arbeitskraft bestrafen will. Es handelt sich in diesen Anträgen im wesentlichen nur um die Feststellung, daß die Arbeitskraft auch im Strafrecht geschützt sein muß. Besondere Anträge, die den Arbeiter gegen Körperverletzung, Erpressung, Nötigung und Wucher sichern sollen, werden die Kommunisten bei der Beratung dieser Straftaten noch stellen.

Nach vier Seiten hin sollen die Angriffe auf die Arbeitskraft abgewehrt werden.

Die erste Gruppe der Paragraphen umfaßt die Sicherung der

Hallo!

Die „Roten Raketen“, Berlin die Spielertruppe des „Roten Frontkämpfer-Bundes“ kommen nach Schlesien!

Arbeitszeit, insbesondere des Achtstundentages, der Arbeitsbedingungen, der Betriebssicherheit gegen Verletzung durch das Unternehmertum.

Der zweite Teil der Anträge soll den Arbeiter, Angestellten oder Beamten gegen unrichtige Zeugnisse, schwarze Listen und Boykottschritten. Die bisher geltenden Vorschriften der Gewerbeordnung sind völlig ungenügend. Sie umfassen nur einen Teil von Arbeitern.

An dritter Stelle steht der besondere Schutz der Frauen und Jugendlichen gegen besonders traffe Formen ihrer Ausbeutung: Verbot der Nachtarbeit, Verbot der Mithingung von schwangeren und stillenden Müttern, Angebot von so niedrigen Löhnen an Frauen, daß sie der Prostitution ausgeliefert werden.

In allen diesen Fällen soll Gefängnis bis zu fünf Jahren verhängt werden.

Endlich sollen Wohnung und Ernährung gegen Kapitalistenwillkür wenigstens einigermaßen gesichert sein. Ein Hauswirt, der die vermietete Wohnung in einem Zustand beläßt, daß die Gesundheit des Mieters gefährdet wird, soll ebenso mit Gefängnis bis zu fünf Jahren bestraft werden können, wie ein Großgrundbesitzer, der bebauungsfähiges Land brachliegen oder die Ernte schuldhaft verkommen läßt. Der Großgrundbesitzer soll in solchen Fällen auch noch entschädigungslos enteignet werden können.

Das sind in großen Zügen die Anträge der Kommunisten, wie sie dem Rechtsausschuss vorliegen.

Von den Sozialdemokraten bis zu den Deutschnationalen hatte man nicht über Lust, über diese unangenehmen Anträge, die an ihrer Juristerroutine rütteln, zur Tagesordnung überzugehen, schließlich mußte man sich dazu verstehen, daß in nächster Zeit grundsätzlich über den Schutz der Arbeitskraft im Strafrecht verhandelt wird. Die Kommunisten waren es, die hier die Führgang an sich gerissen haben. Die Sozialdemokraten sind immer dann voran, wenn es sich um die Erweiterung der Hoch- und Landesverratsbestimmungen gegen revolutionäre Arbeiter handelt.

Um so notwendiger ist es, daß jetzt in allen Betrieben, in allen Gewerkschaften die Arbeiter fordern, daß ihr einziges Gut, das sie besitzen, die Arbeitskraft, gegen Unternehmerrückgriffe geschützt werde.

Her mit mehr Lohn!

Streit bei der Zigarettenfabrik Greiling-Dresden. Die Direktion der Dresdener Zigarettenfabrik Greiling hatte neue Sortiermaschinen aufgestellt, wobei es über den an diesen Maschinen zu zahlenden Lohn zu Differenzen kam. Die Firma spernte schließlich provokatorisch 120 Arbeiter und Arbeiterinnen aus. Als Antwort darauf trat die gesamte Belegschaft, circa 2000 Mann, in den Streik. In der Dresdener Zigarettenindustrie besteht ohnehin eine gespannte Situation. Die in letzter Zeit ausgenommenen Lohnverhandlungen sind am 15. Januar gescheitert.

Neuer Textilstreik in Sachsen. 700 Textilarbeiter in der Mechnischen Weberei C. G. Hoffmann in Neugersdorf (Oberlausitz), welches zum ostfälischen Tarifgebiet gehört, haben am Dienstagstreik geschlossen die Arbeit niedergelegt. Der Textilarbeiterverband versuchte auch hier, die Bewegung zu isolieren.

Das Auftreten der Textilbarone und der Schlichtungsinstanzen

gegen die Textilarbeiter wird immer provozierender. Ein Schiedsspruch, der nach zweitägiger Verhandlung für die Arbeiter der Seidenindustrie gefällt wurde, stellt aber alles bisher Dagewesene in den Schatten. Der Paragraph 2 des Spruches besagt, daß alle tariflichen Löhne um 5 Prozent erhöht werden. Das ist aber ein bewußter Schwindel. Das Gegenteil ist der Fall. Die einzelnen Bestimmungen des Schiedsspruches bringen sogar einen direkten Lohnabbau.

Vor dem Textilarbeiterkampf in Nord- und Westböhmen. Die Vertreter der Ortsgruppen Nordböhmens des Internationalen Allgewerkschaftsverbandes haben am 6. Januar eine Sitzung der Vertreter der Ortsgruppen abgehalten, in der sie zur Lohnbewegung der Textilarbeiter und Bauarbeiter Stellung nahmen. In der Versammlung wurde festgestellt, daß die Textilarbeiter das Angebot der Unternehmer, sich mit einer einmaligen Teuerungsausgleich zu begnügen, abgelehnt haben. Es wurde festgelegt, die Lohnbewegung der Bauarbeiter und der Textilarbeiter in Verbindung zu bringen. In den Betrieben sind Kampfkommitees von Arbeitern aller Richtungen zu errichten. In allen Betrieben ist die Arbeiterschaft aufzuklären und zu verpflichten, den Kampf der Textilarbeiter durch Abgabe eines Stundenlohnes in der Woche zu unterstützen. Rund 148 000 Textilarbeiter der Tschechoslowakei stehen vor dem Kampfe. Ueber 50 Prozent der Arbeiter eines der stärksten Industriezweige der Tschechoslowakei, für tschechoslowakische Verhältnisse eine Riesenermee.

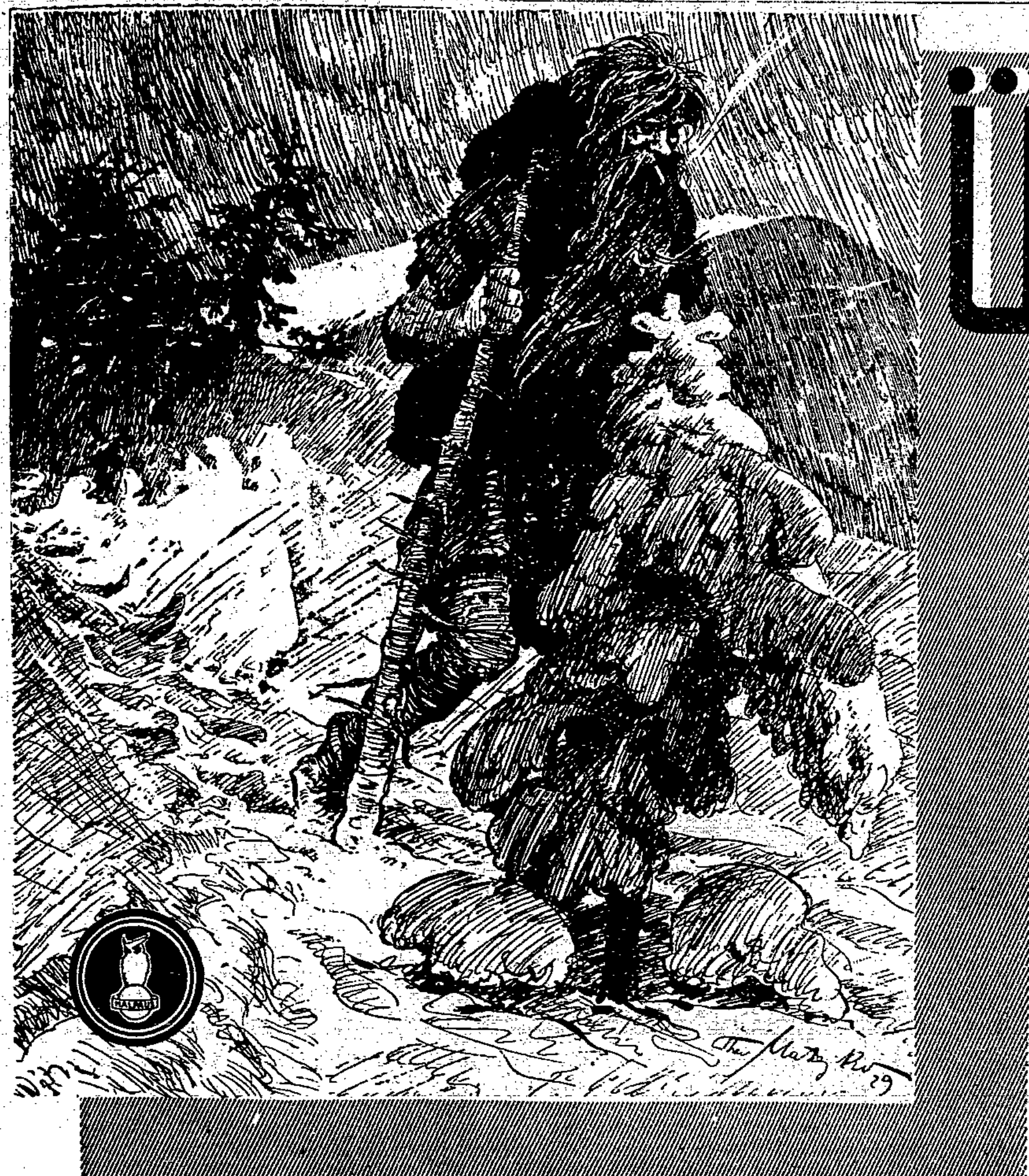
Lohnbewegung der Steinseher. Ende Dezember ist in Mitteldeutschland vom Mitteldeutschen Arbeitgeberverband der Tarifvertrag für circa 5000 Steinseher, Kammer und Hilfsarbeiter ohne Angabe von Gründen gekündigt worden. Die Verhandlungen beginnen am 15. Januar in Göttingen.

Kohlenarbeiterstreik auf den Berliner Güterbahnhöfen. Die Transportarbeiter der Fuhrbetriebe, die von den Kohlenhändlern Berlins mit der regelmäßigen Abfuhr der Brennstoffvorräte von den Güterbahnhöfen beauftragt sind, stehen seit Donnerstagvormittag im Streik. Sie verlangen an Stelle der bisher als Entlohnung gezahlten 11 Pfennig für den Zentner einen Lohn von 13 Pfennig.

Der Schiedsspruch in der mitteldeutschen Metallindustrie ist von den Gewerkschaften wie auch von den Arbeitgebern angenommen worden.

Doppelfelbstmord eines Kleinrentnerpaars

In Mannheim wurden in der Neckarvorstadt der 53jährige Rentner, früherer Tagelöhner, und seine 51jährige Ehefrau in ihrer Wohnung tot aufgefunden. Die Leute wurde am vergangenen Freitag zum letzten Male gesehen. Der Gasahn der kleinen Wohnung war geöffnet. Aus hinterlassenen Briefen ergibt sich, daß das Paar in gegenseitigem Einverständnis gemeinsam in den Tod gegangen ist.



Überall

in Schlesien kennt man den Rübezahl, den Herrn der Berge, sagenumwoben, vielgestaltig, bald neckend, bald hilfependend, als eines der heimischen Wahrzeichen. Wahrzeichen Schlesiens sind vor allem aber auch die Erzeugnisse heimischer Arbeit, zu denen schon seit Jahrzehnten die Halpaus-Cigarette zählt. Heimische Qualitätsarbeit - vollendet weiche und abgerundete Mischungen - haben die Halpaus-Cigarette in Schlesien nicht nur unentbehrlich, sondern bodenständig gemacht. - Darum ist

RARITÄT
DIE CIGARETTE DES SCHLESIERS
 o. Mdst. m. Gold m. Kork
HALPAUS-CIGARETTEN-FABRIK G. M. B. H.

Sechs-Millionen-Anleihe für Wohnungsbau beschlossen!

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung

Breslau, 18. Januar.

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung brachte nicht viel Aufregendes. Die meisten Vorlagen wurden ohne größere Debatte angenommen.

Dem Bericht über die Geschäftsführung der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1928, der zu Beginn der Sitzung verlesen wurde, ist folgendes zu entnehmen: Die Versammlung hat im vergangenen Jahre 22 Sitzungen abgehalten; an 18 davon schlossen sich geheime Beratungen an.

Die Neuwahl des Verwaltungsvorstandes ergibt: Vorsitzender Wandmann (Soz.), Stellvertreter Dr. Friedrich (Dtschnl.).

Dann wird in die Tagesordnung eingetreten. Da der Ausschuss 8 noch nicht endgültig über den kommunistischen Antrag auf Gewährung einheitlicher Sätze für Wohlfahrtsunterstützungsempfänger Stellung genommen hat, wird dieser Punkt vertagt.

Anstellung dreier Baukontrolleure aus Arbeiterkreisen ist im Ausschuss dahingehend abgeändert worden, daß zwei Arbeiter und ein Ingenieur angestellt werden.

Ruhhandel um Magistratsstellen

Wer wird Bürgermeister: Karl Macho oder Dr. Lehner? — Das Zentrum bekommt einen Stadtrat Die „Linken“ lassen Schramm fallen!

Seit dem Tode des zweiten Bürgermeisters Dr. Herschel wurden über seine Nachfolge die verschiedensten Kombinationen laut. In den letzten Tagen hat man nach verschiedenen Ruhhandeleiten zwischen den sogenannten „republikanischen“ Parteien die Spreu vom „Weizen“ gelondert und sich bereits ernsthaft auf Personen festgelegt.

Infolge der dieses Jahr stattfindenden Kommunalwahlen ist zu allen bis zur Auflösung noch stattfindenden Wahlen eine Zweidrittelmehrheit notwendig. (In Breslau ungefähr 60 Stadtverordnete.) Zuerst bestand die Absicht, unter diesen Umständen mit der Besetzung der offenen Stellen bis nach den Kommunalwahlen zu warten.

Sozialdemokraten den Bürgermeister und das Zentrum einen Stadtrat

erhalten. Für dieses Sachergeschäft sollen auch die Demokraten und die Mieter sein, die immer noch hoffen, etwas von den Brosamen zu ergattern, die von dem Verhandlungstisch der beiden Ruhhändlerpartei herunterfallen.

So weit wäre alles in Butter gewesen, wenn, ja wenn in der Sozialdemokratischen Partei Magistratsfragen nicht Fragen des Citrauentamptes wären. Kaum war bekanntgeworden, daß als Bürgermeister ein SPD-Mann unterzubringen wäre, als auch schon der schönste Krach da war.

ständige“ haben will. Die Mehrheit ist jedoch für den Ausschussbeschl. — Die für die Aufhebung der Dönerstraße in Klein-Schanz notwendigen 87 000 Mark werden bewilligt.

Im Sommer 1928 haben die städtischen Körperchaften die Durchführung eines Wohnungsbauprogramms und hierfür die Aufnahme einer Anleihe von 6 Millionen Mark beschlossen.

Die Neuwahl des Verwaltungsvorstandes ergibt: Vorsitzender Wandmann (Soz.), Stellvertreter Dr. Friedrich (Dtschnl.). Als Beisitzer Unterberger (Ztr.), Krebs (Wpt.); als Stellvertreter Frau Dillendorf (Dem.) und Genosse Bogla an Stelle des Genossen Abel.

Der Aufnahme der 6-Millionen-Anleihe, die mit höchstens 8 Prozent verzinst werden soll, wird mit Mehrheit zugestimmt.

Neue Verhaftungen in der Raubmord-Untersuchung

Von den bisher verhafteten Personen sollen drei Männer besonders verdächtig sein, von denen der eine sich gestern früh zum Strafantritt in Reichlau gemeldet hat.

Siedlungsbewohner gegen Magistrat

Der Kampf der Breslauer Siedlungsbewohner geht um die Schaffung von Mieten, die von der mitermittelten Bevölkerung getragen werden können.

In Himpel wurde nachstehende Entschließung angenommen: Die Jahreshauptversammlung des Siedlungsvereins Himpel protestiert mit aller Entschiedenheit gegen die vom Breslauer Ma-

Achtung! Parteimitglieder von Nord!

Die Generalmitgliederversammlung findet nicht Freitag bei Windisch, sondern Sonnabend um 19,30 Uhr in der früheren Schulheißquelle, Bergmannstraße, statt.

Magistrat betriebene Verschleppungspolitik, der die Durchführung der von der Stadtverordnetenversammlung am 25. Oktober beschlossenen Senkung der Mieten in den Siedlungswohnungen einfach aus den Sankt-Nimmerleins-Tag verschiebt.

Die Böpelwitzer Versammlung nahm eine ähnliche Resolution an und erhob im übrigen noch folgende Vorwürfe gegen die Siedlungsgesellschaft: Die Versammlung ist aufs äußerste erbittert über das Geschäftsgebahren der Gemeinnützigen Siedlungsgesellschaft Breslau N.-O.

Antrag der kommunistischen Stadtverordneten

Die kommunistische Stadtverordneten-Fraktion hat folgenden Antrag eingebracht: „Die Unterzeichneten beantragen: Die Stadtverordneten-Versammlung wolle beschließen: Die Kinder von Gewerkslosen, Notstandsarbeitern, sowie von allen sonstigen Wohlfahrtsunterstützungsempfängern, die Opfern zur Schulentlassung gelangen, erhalten vom Wohlfahrtsamt je einen Anzug oder ein Kleid, je ein Paar Schuhe sowie die erforderliche Unterbekleidung.“

Jugendliche Angeklagte

Im Stadtteil Deutsch-Bissa wurde ein Mann von zwei jungen Leuten überfallen, mit einem Stück Holz zu Boden geschlagen und ihm 600 Mark geraubt.

Gewerkschaftshaus-Lichtspiele

nach dem Roman von Karin Michaelis, der vor dem Krieg erschien und großes Aufsehen erregte. Das Thema behandelt die Tragödie der alternden Frau.

Vollbühne

Im Rahmen der Sonderveranstaltungen der Vollbühne wird das Puppentheater des Berliner Vollbühnen-Vereins, das unter Leitung von Robert Adolf Steimle steht, am Sonnabend, dem 19., und Sonntag, dem 20., um 15 Uhr in der Aula der Cecilia-Schule, Taschenstraße 29, zwei Vorstellungen geben.

Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen: Stadtteil West, Freitag 19 Uhr in den „Hubertuswäldern“, Mitgliederversammlung. Stadtteil Ost, Freitag 20 Uhr im „Besselschloß“ Fortsetzung der Mitgliederversammlung vom Freitag davor. Stadtteil Nordost, Freitag 20 Uhr Mitgliederversammlung bei Reichs-Werkschule 43. Stadtteil Zentrum, Freitag 20 Uhr im „Zurhof“ Mitgliederversammlung. Schwanitz, Freitag 20 Uhr bei Schmidt, Generalmitgliederversammlung. Witten, Sonntag 9 Uhr bei Schmidt, Generalmitgliederversammlung. Alle Mitglieder haben zu erscheinen. Jung-Spartakus-Bund: „Rote Kater“, Freitag 18 Uhr Probe bei Genossen Robert. Gruppe Schützengasse, Sonntag 9.30 Uhr Gesamtfunktionierung bei Wagner, Messergasse 34. Unentgeltliches Fehlen wird bestraft. Di. Seite 17 Uhr Selmaabend bei Estöck, Königgräber Straße, Ecke Klosterstraße. Roter Frontkämpfer-Bund: Freitag 19 Uhr im Saalbau, Hüdergasse 22, Sitzung aller G.-O.-Leute. Di. 7. Gruppenführer, Mitgliederbücher abholen beim Hauptkassierer, Lednibann 70. Sonnabend von 18 Uhr ab. Dienstag, Sonnabend und Sonntag im „Deutschen Hof“, Gahnauer Straße, Untergewerkschaftsschule. Sämtliche Funktionäre haben daran teilzunehmen. Freitagabend, Sonnabend 20 Uhr im „Kaiser“ Generalmitgliederversammlung. Alle Kameraden haben zu erscheinen. Witten, Sonntag 8 Uhr Antritt am „Schwan“ zum Ausmarsch. Partei- und Rote-Gruppenmitglieder müssen sich beteiligen. Witten, Sonntag 8 Uhr Antritt zu einem Stammtisch. Treffpunkt am „Deutschen Hof“.

- Witten, Freitag 20 Uhr Generalversammlung im „Deutschen Hof“. Witten, Freitag 19 Uhr im „Eisernen Kreuz“ Kameradschaftsabend verbunden mit W.-Fest. Rote Jungfront: Sonntag Mehrfrontsmarsch. Treffpunkt „Stadt Ramlau“, Ebmarckstraße 9.30 Uhr. Robelshütten und Schützengasse sind mitzubringen. Di. Witten, Sonntag Antritt bei Reimann, Neue Antonienstraße, um 8.30 Uhr. Amarsch 9 Uhr. Sonstige Organisationen: Landeshut, Rote Hilfe, Freitag im „Gasthof zur Sonne“ Mitgliederversammlung. Genosse G. L. e. r. spricht! Bahntisches Erscheinen Pflicht! Schwan, Freitagabend-Jugend, Sonntag alles heraus zur Goldtagfahrt. Witten, Rote Hilfe, Sonntag 19 Uhr im „Deutschen Hof“ Generalversammlung. Erscheinen jedes Mitgliedes Pflicht!

Gewerkschaftshaus - Lichtspiele Nur noch heute! Ein Blick in den Orient, der Tabakbau Ferner Das gefährliche Alter Uebliche Preise Jugend verboten Arbeiter-Sportklub E.V.

